

WENN KATRIN UND GRETA RICHTIG LIEGEN: Fuel Switch

Fuel Switch

Dieser relativ neue Anglizismus bezeichnet einen Brennstoffwechsel, im Rahmen der „Energiewende“ vor allem den Ersatz von Kohle durch emissionsärmeres Erdgas. Übertragen könnte man ihn auch auf den Trend, Dieselfahrzeuge durch Benziner zu ersetzen, die Ölheizung durch die Gasheizung oder den Kohleofen durch einen Holzofen.

Ziel des Fuel Switch im Rahmen der nationalen Stromwende ist die Senkung der Emissionen, vor allem des CO₂-Ausstoßes. Betrachtet man isoliert die Emission der reinen Verbrennung, so verursacht Erdgas nur etwa 44 Prozent der spezifischen Emissionen der Braunkohle. Aber dies ist ein verengter Blick, der die möglichen „Klimawirkungen“ verschiedener Brennstoffe nur unzureichend wiedergibt. Das Erdgas liegt nicht vor der Tür, es muss im Vergleich zur Kohle aufwändig gefördert, getrocknet, gereinigt und transportiert werden. Da die Förderstätten für das in Deutschland verwendete Gas zum großen Teil im Norden Russlands oder in Westsibirien liegen, sind erhebliche Distanzen beim Transport zu überwinden. Um das Gas via Nordstream-1-Leitung durch die Ostsee zu drücken, ist eine Verdichterleistung von 360 Megawatt, also die eines mittleren konventionellen Kraftwerks, nötig. Diese Emissionen fallen nicht unter den europäischen Emissionshandel und tauchen natürlich in deutschen Bilanzen nicht auf. Bei einer ernsthaften Betrachtung der Emissionsbilanzen dürften sie allerdings nicht unter den Tisch fallen.

An dieser Stelle muss ich jetzt eine Aussage tätigen, die mir durchaus schwer fällt und die so nicht zu erwarten ist. Aber Drumherumreden hilft nicht, also: Katrin Göring-Eckardt hat Recht.

Zumindest in ihrer Ansicht, dass es „dem Klima“ nichts bringt, einen fossilen Rohstoff durch einen anderen zu ersetzen. Irrig allerdings ist ihre Annahme, man könne sich bis 2030 erdgasunabhängig von Russland machen und brauche es ab 2050 ohnehin nicht mehr. Die energiestrategischen Erwägungen und vor allem die zunehmende Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Energierohstoffen sind bisher politisch und medial völlig unterbelichtet, dies wird Thema eines späteren Beitrags sein.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende liegt richtig in ihrer vermutlich intuitiven Einschätzung der Emissionsbilanz von Erdgas. Wer als „Klimaschützer“ auftritt, sollte schon die Gesamtemissionen der Brennstoffe in der ganzen Produktions- und Nutzungskette betrachten und nicht isoliert nur die Verbrennungsemissionen.

Bezieht man die vorgelagerten Emissionen der Gasförderung, des Transports und der Verluste mit ein, schmilzt der Vorteil des Erdgases und es entstehen etwa 65 Prozent der Braunkohleemissionen.

	Emissionsfaktor CO ₂ /t SKE	vorgelagerte Emissionen CO ₂ -Äquivalent/t SKE	Summe CO ₂ -Äquivalent/t SKE
Erdgas LNG	1,63	0,50 – 1,10	2,12 – 2,78
Erdgas Russland	1,63	0,47 – 0,76	2,10 – 2,39
Steinkohle	3,21	0,32 – 0,64	3,53 – 3,85
Braunkohle	3,75	0,11	3,86

1 Die Klimawirkung von Methan ist verglichen mit CO₂ um ein Vielfaches höher.
2 „Liquefied Natural Gas for Europe – Some Important Issues for Consideration“ Joint Research Centre der Europäischen Kommission (2009)

Bei Berücksichtigung der Tatsache, dass Erdgas zu 90 Prozent aus Methan besteht und dieses die etwa 25-fache „Klimawirkung“ von CO₂ hat, sieht die Bilanz noch schlechter aus.

Der „Methanschluß“, also das Entweichen des Erdgases in der Prozesskette in die Atmosphäre, beträgt zwischen vier Prozent (russisches Erdgas) und 12 Prozent (gefracktes US-Gas). Im Jahr 2017 verbrauchte Deutschland 995 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Legt man grob gerechnet den „günstigen“ Methanschluß russischen Erdgases von vier Prozent zugrunde, also zirka 40 Milliarden Kubikmeter, vernachlässigt die 10 Prozent der anderen Erdgasbestandteile (im Wesentlichen Stickstoff und CO₂) und verrechnet dies mit der spezifischen Masse (0,784 kg pro Kubikmeter), multipliziert mit der 25-fachen Klimawirkung des Methans, so ergibt sich allein für das in Deutschland verbrauchte Erdgas 2017 eine Treibhausgas-Wirkung von 775 Millionen Tonnen CO₂. Die gesamten anthropogenen CO₂-Emissionen in Deutschland betragen nach offizieller Lesart für das gleiche Jahr ganze 905 Millionen Tonnen.

Überschlägig berechnet würde ein hochmodernes Gas-Kraftwerk wie Irsching 5, bei 330 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde plus 123 Gramm vorgelagerter Emissionen und vier Prozent Methanschluß, eine Gesamtemission von über 900 Gramm CO₂-Äquivalent ausstoßen. Das ist nur unwesentlich besser als ein mittelaltes Braunkohlekraftwerk (1.000 g CO₂ pro kWh) und deutlich schlechter als ein modernes Braunkohle- oder halbwegs modernes Steinkohlekraftwerk.

Nun könnte man meinen, die erhöhte Klimawirkung des Methans werde dadurch gemildert, dass Methan in der Atmosphäre schneller abgebaut wird als CO₂. Die Zersetzungsprozesse in CH₃ und Wasser sowie die Bilanzen dazu sind noch weitgehend unklar. Erhebliche Schwankungen sowie große Emissionen aus Wäldern, Sümpfen, Ozeanen, Termiten und Reisanbau kommen hinzu. Die Anreicherung durch die verstärkte Nutzung von Erdgas würde in jedem Fall steigen, mit dem entsprechenden Treibhauseffekt und allen von den Klimaalarmisten vorhergesagten tödlichen Folgen.

Nun sollten die Betreiber der Klima-Panik, insbesondere die Greta-Thunberg-Bewegung, diese Brutto-Emissionen ernst nehmen, was zu der einzig folgerichtigen Forderung führen müsste, so schnell wie möglich aus der Nutzung von Erdgas auszusteigen. Alles andere wäre inkonsequent. Der Fuel Switch von Kohle zu Erdgas ist aus Sicht der Emissionen, der Wirtschaftlichkeit und der Energiestrategie ein Irrweg. Vermutlich werden Katrin und Greta zustimmen. Schläge sich dies in Regierungshandeln nieder,

ginge der deutschnationalen Energiewende nach dem Atomausstieg und dem politisch verhinderten Abscheiden von CO2 mit dem Fuel Switch ein weiteres „Klimainstrument“ verloren. Mit großer Anstrengung und hohen Kosten steigt man aus der Braunkohle aus – und gewinnt Nichts für das selbstgesteckte Klimaziel. Dumm gelaufen.

Der Beitrag erschien zuerst bei TICHYS Einblick [hier](#)

Bremen ohne Kohle? Wie sich die „Kämpfer“ organisieren und vor allem finanzieren!

In Bremen haben sich unter „Federführung“ der Klimawerkstadt Bremen verschiedene Anti-Kohle-Bündnisse gebildet, die der Kohleindustrie den Kampf angesagt haben und eine Abschaltung aller Kohlekraftwerke fordern. Am besten ab sofort. Wer steckt dahinter? Das möchte ich hier einmal kurz beleuchten.

Die Bremer Klimawerkstadt

Im Jahr 2012 wurde in Bremen das Projekt Klimawerkstadt gegründet. Der Verein Sozialökologie e.V. und Ökostadt Bremen e.V. haben das Projekt im Juni 2012 ins Leben gerufen. Ziel des Projekts „Bremer Klimawerkstätten“ war es, Bremer Bürgerinnen und Bürger in ihrer Entwicklung hin zu zukunftsfähigen Lebensstilen zu unterstützen: klimafreundlich, ressourcenschonend, selbstbestimmt und kreativ. Dafür wurde das Projekt bereits 2012 vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (GRÜNE) gefördert und wird heute noch vom grünen Umweltressort gefördert. Die Klimawerkstadt Bremen wird weiter vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gefördert.

Die Bremer Ortsgruppe Ende Gelände

Ende Januar 2019 wurde von der Klimawerkstadt Bremen die Ortsgruppe Ende Gelände Bremen ins Leben gerufen. Unter dem Motto, „die Ergebnisse der Kohlekommission werden nicht unbeantwortet bleiben. Liebe Klimakämpfer*innen, das Jahr 2018 war ein großer Erfolg für die Klimagerechtigkeitsbewegung! Immer mehr Menschen sehen, dass es so wie es ist nicht weiter gehen kann: die kapitalistische Produktionsweise zerstört unser aller Lebensgrundlage. Und dies geschieht trotz aller Versprechungen von Politik und Wirtschaft nicht langsamer sondern immer schneller. Doch 2018 hat uns auch Mut gemacht. Wir haben wieder gelernt, dass wir gemeinsam etwas bewirken können: tausende Menschen haben sich für den Erhalt des Hambacher Forsts gerade gemacht und mit Ende Gelände haben wir gezeigt, dass massenhafter ziviler Ungehorsam das

vielleicht wirksamste Mittel gegen Klimawandel ist. Und so wollen wir 2019 auch weiter machen!“

Inzwischen hat sich unter Federführung der Klimawerkstadt Bremen, der Ende Gelände Ortsgruppe Bremen und Schülern, die jeden Freitag in Bremen an den Fridays for Future Demonstrationen teilnehmen ein Bündnis mit „Bremen ohne Kohle“ gegründet.

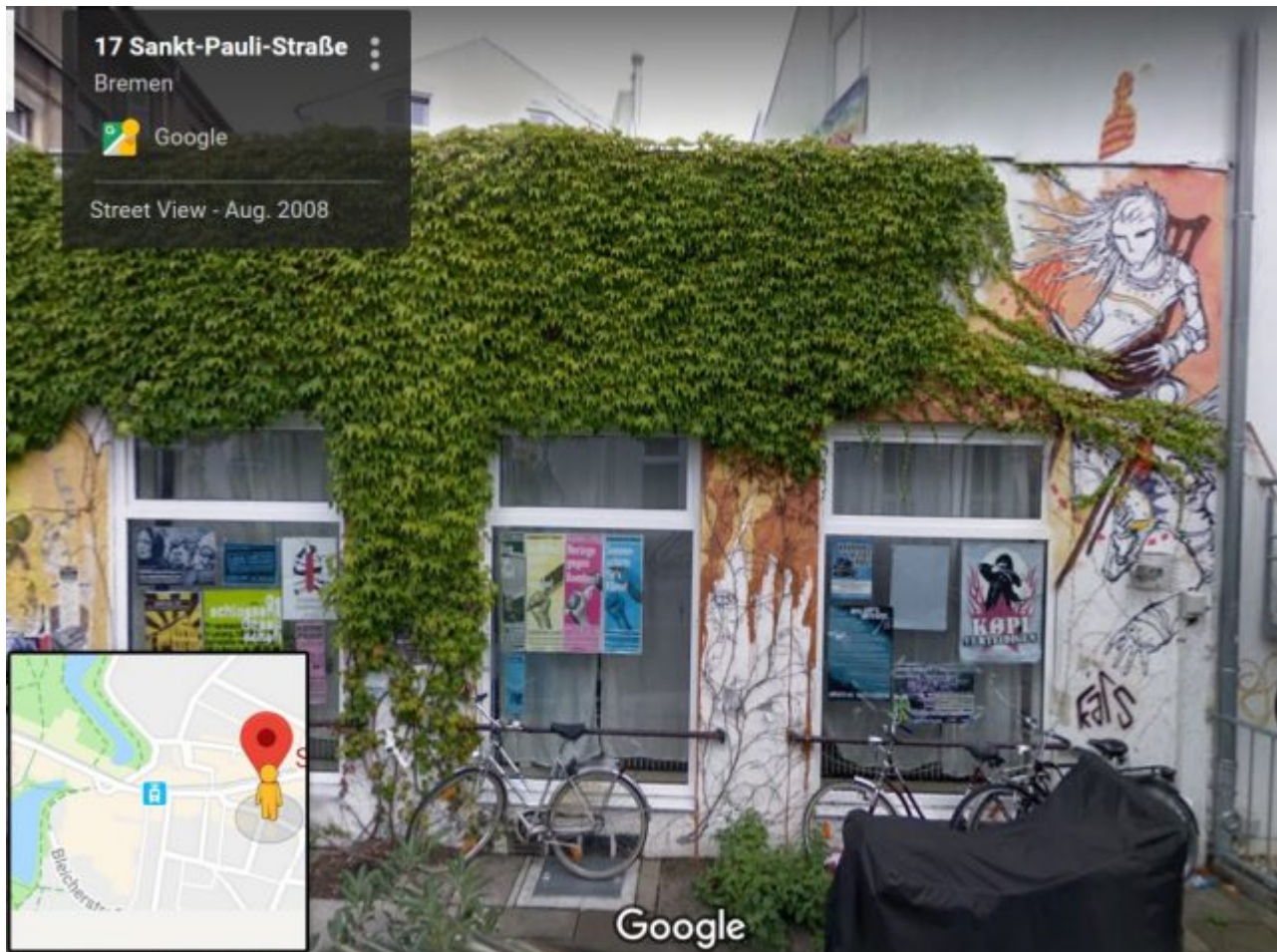
Das Bündnis „Bremen ohne Kohle“

Das Bündnis „Bremen ohne Kohle“ besteht aus verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen. Das Bündnis schreibt auf seiner Internetseite: „Wir kämpfen für ein Bremen in dem weder Kohle verbrannt wird noch finanzielle Mittel in die Kohleindustrie fließen. Wir fordern daher unter anderem den sofortigen Kohleausstieg Bremens. Nachdruck verleihen wollen wir unseren Forderungen vor allem mit Hilfe von kreativen, öffentlichkeitswirksamen und wenn nötig auch störenden Aktionen.“

Es geht u.a. auch darum den Verkehr zu blockieren und mit Aktionen Aufmerksamkeit für die gemeinsame Sache zur erreichen, wie mir die Bündnisteilnehmer mitteilten.

Wer steckt hinter der Klimawerkstadt Bremen?

Die Interventionistische Linke Bremen ist Ansprechpartner der Klimawerkstadt Bremen. Alle Aktionen der Klimawerkstadt laufen unter der E-Mail-Adresse der Interventionistischen Linken Bremen. Diese organisiert jeden Mittwoch um 20:15 bzw. 20:30 Uhr Treffen in der KlimaWerkStadt Bremen/Neustadt (Westerstraße 58, 28199 Bremen). Sitz der Interventionistischen Linken Bremen ist in der St.-Pauli-Str. 10-12 im Bremer-Viertel.



Aktivisten der IL sind zudem im Asta an der Universität Bremen zu finden (Ex-Hochburg der K-Gruppen in Bremen) und am Hochschulring am Unisee, wohin die Gartenbesetzer umgesiedelt sind nachdem im Findorff ein Neubaugebiet hochgezogen wurde.

Auch das Bündnis „Bremen ohne Kohle“ hat den Sitz gemäß Impressum im Bremer-Viertel.

Das Bremer-Viertel

Das Bremer-Viertel ist bekannt für seine linke und grüne Szene. Rudi Dutschke trat dort schon 1967 in der Lila Eule auf, um die Weltrevolution zu propagieren. 1967 wettete dabei der Soziologiestudent und Studentenführer in Bremen in der Lila Eule gegen das Establishment, gegen manipulierende Eliten und eine Lügenpresse. Auch der Roman/Film Neue Vahr Süd von Sven Regner spielt zum Großteil im Viertel von Bremen.

Wer ist die Interventionistische Linke (IL)?

Die Interventionistische Linke (IL) ist eine linksradikale Organisation mit etwa 850 Mitgliedern. Sie wurde zum Jahreswechsel 2005 als Bündnis aus rund 30 deutschen und österreichischen Ortsgruppen sowie Einzelpersonen gegründet. Die Interventionistische Linke beschreibt sich selbst als „multizentrische postautonome Organisation“, welche die „Abschaffung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches

Wesen ist“ anstrebe und sich damit auf Karl Marx beruft. Bereits 1999 fanden erste Kooperationen der späteren Bündnispartner statt, mit dem Ziel, „nach der misslungenen linksradikalen Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Köln“ den „Tiefpunkt“ der radikalen Linken in Deutschland zu überwinden.

Nach einem mehrjährigen Diskussionsprozess veröffentlichte die IL 2014 das sogenannte „Zwischenstandspapier“, in dem ihre Ziele genauer theoretisch bestimmt wurden. Demnach möchte die IL eine Linke sein, die „selbstbewusst und sprechfähig in politische Kämpfe eingreift und fähig ist, auch außerhalb ihrer Subkulturen, Kieze und Freiräume zu agieren.“ Das Zwischenstandspapier erklärt „Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus insgesamt“ zu Gegnern der IL. Diese wolle man bekämpfen und „immer wieder neue Allianzen“ suchen und „lieber Fehler machen und aus ihnen lernen, anstatt sich im Zynismus der reinen Kritik zu verlieren.“ In der Wahl ihrer Mittel dazu sieht sich IL in der Tradition von Karl Marx. Sie setzt auf „den revolutionären Bruch“, um „alle Formen von Unterdrückung, Entrechtung und Diskriminierung“ zu überwinden.

Zu den bundesweiten Hauptprojekten der IL gehörten bzw. gehören der G8-Gipfel in Heiligendamm, Castor Schottern, Stopp Nato, Ende Gelände und Dresden Nazifrei. Die IL ist Mitglied im Bündnis Aufstehen gegen Rassismus, das sich gegen die AfD und Pegida wendet.

Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass das Attentat im Januar 2019 auf den Bremer AfD-Politiker Frank Magnitz unweit dem Büro der IL im Bremer-Viertel stattfand. Das Büro der IL ist nur 150 m weit vom Anschlagort am Bremer Goetheater entfernt.

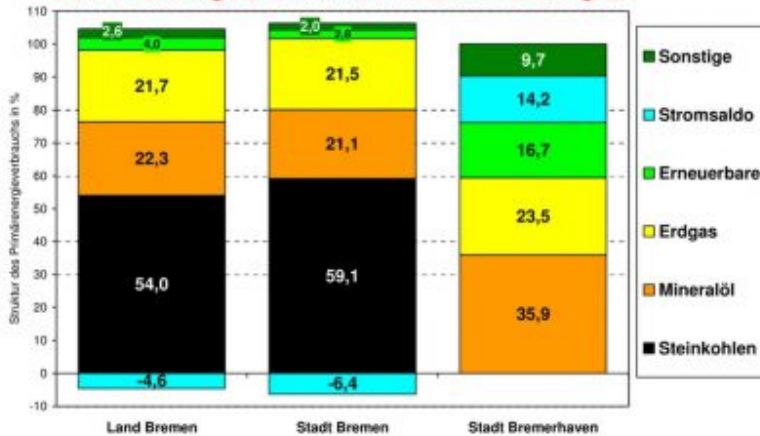
Neue Aktionen des Bündnis „Bremen ohne Kohle“

Das Bündnis „Bremen ohne Kohle“ hat gerade eine neue Aktion gestartet. Dabei wird dafür geworben das Licht für eine Minute auszuschalten, um Kohle einzusparen. „Bremen ohne Kohle“ schreibt: „Schalte auch du diesen Samstag um 20 Uhr dein Licht für eine Minute aus und schick uns ein Video davon. Denn jede Minute in der weiter Kohle verbrannt werden ist eine Minute zu viel!“

Wie sieht die Realität aus?

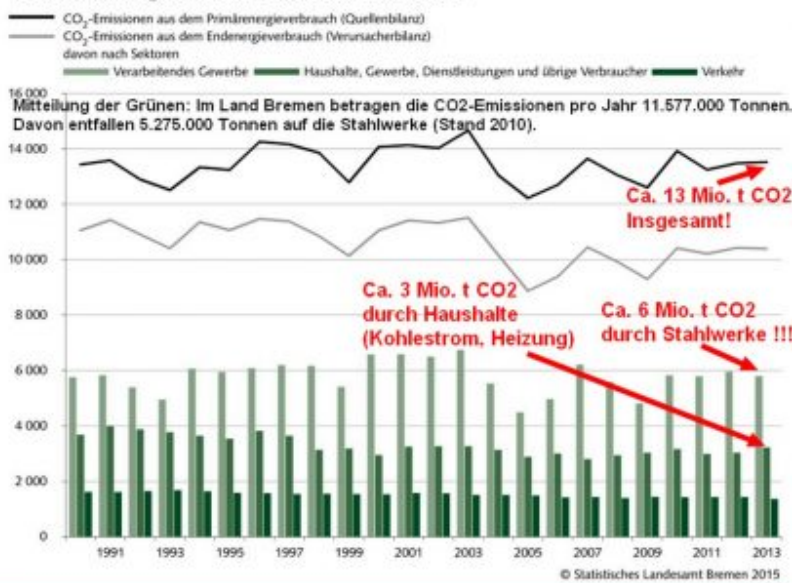
Abbildung 2-4 Struktur des Primärenergieverbrauchs in Bremen nach Energieträgern im Jahr 2005

Ca. 50% der Energie in Bremen wird aus Steinkohle erzeugt !!!

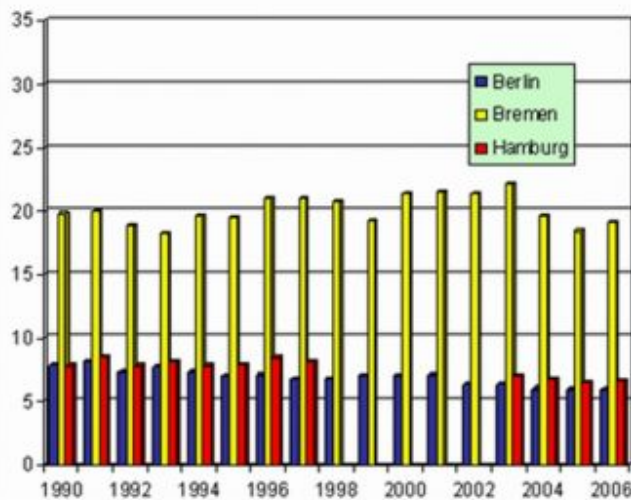


Quellen: Statistisches Landesamt Bremen; eigene Berechnungen.

Abbildung
Entwicklung der CO₂-Emissionen im Land Bremen 1990 bis 2013



t CO₂



Die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen liegen in Bremen bei rund 20 Tonnen CO₂ pro Jahr!

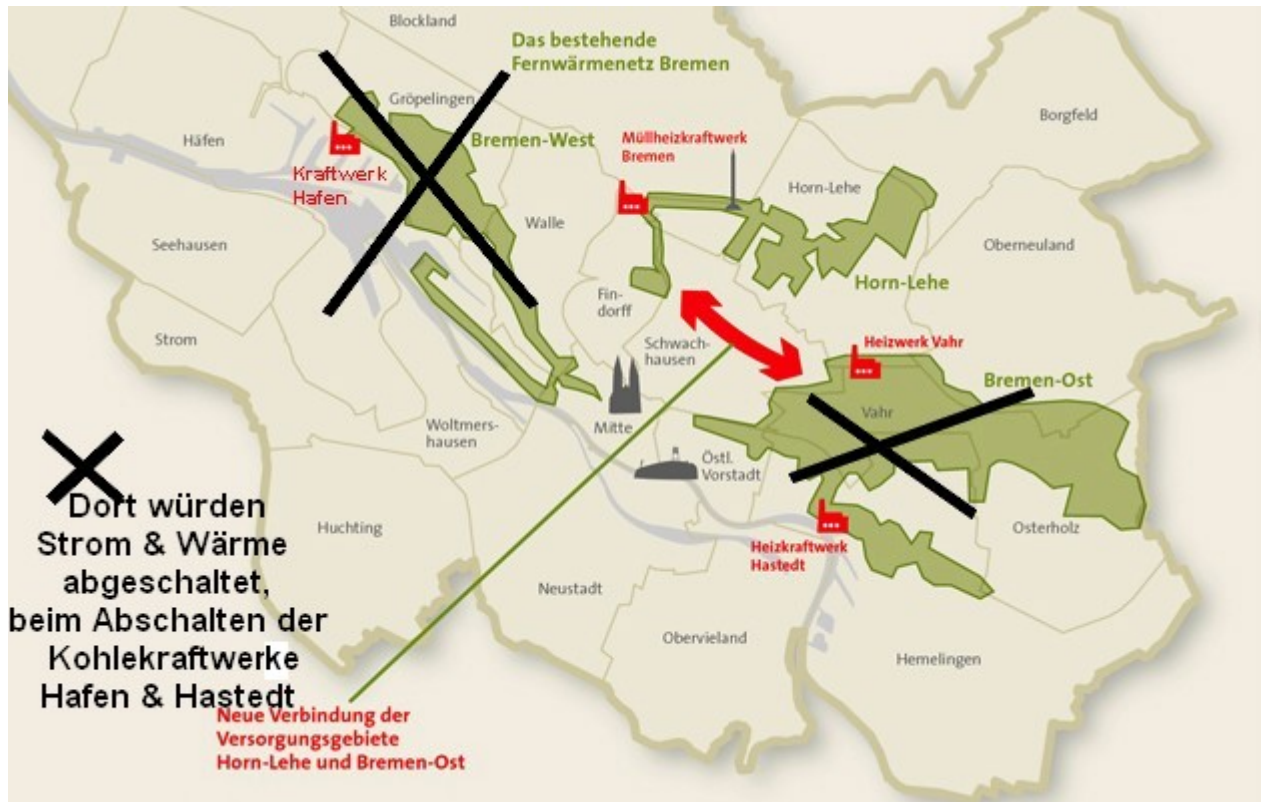
Seit 1990 nahezu unverändert, trotz aller Klimaschutzbemühungen!

In Deutschland liegen die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen bei nur 9 Tonnen CO₂ pro Jahr! Also halb so hoch wie in Bremen!

Die Stahlwerke stoßen in etwa die Hälfte des CO₂ in Bremen aus!

Bremens Energieversorgung (Strom, Heizung, Verkehr) basiert zu über 50% auf Steinkohle und zu über 90% auf konventionelle Energieträger wie Steinkohle, Erdöl und Erdgas. Nur ca. 5% der Energieversorgung in Bremen kommt aus sogenannten Erneuerbaren Energien. Die Stromversorgung Bremens basiert auch nur zu 12% auf Erneuerbaren Energien. Ein Ausbau ist auch nicht möglich, da Bremen schlichtweg die Fläche und das Geld dafür fehlt.





Fernwärmenetz Bremen

Rund 50% der CO₂-Emissionen Bremens produzieren die Stahlwerke Bremen. Nur ca. 25% die Kohlekraftwerke Bremen Hafen, Farge und Hastedt. Die CO₂-Emissionen in Bremen betragen im Jahr rund 13 Millionen Tonnen CO₂ und haben sich seit 1990 (größtenteils unter rot-grüner Regierung) kaum reduziert. Die Grünen (Bau- und Umweltressort) in Bremen planen bis 2025 alle Kohlekraftwerke in Bremen abzuschalten. Für die Stahlwerke Bremen sind keine großen Einsparungsmaßnahmen angedacht, nur ein Kraftwerksneubau, der wie bisher das bei der Stahlproduktion anfallenden Hüttengas zur Stromherstellung nutzt. U.a. für das Stahlwerk selbst und die Deutsche Bahn/ Bahnstrom.

Das Kohlekraftwerk Hafen versorgt einen Großteil des Bremer Westens mit Strom und Fernwärme. Das Kohlekraftwerk Hastedt versorgt einen Großteil des Bremer Ostens mit Strom und Fernwärme. Diese Kraftwerke gedenken die Bremer Grünen bis 2025 abzuschalten, Ende Gelände und das Bündnis „Bremen ohne Kohle“ möchten die Kraftwerke ab sofort abschalten. Damit gehen in Bremer Westen und Osten die Lichter und Heizungen aus, wenn man Bremen nicht aus dem Umland mit Strom und Wärme versorgt. Genau das fordert das Bündnis „Bremen ohne Kohle“ mit seinen Aktionen die durch die Grünen in Bremen und das Bundesumweltministerium über die verschiedenen Unterorganisationen mit gefördert werden.

Das Land Bremen und die Bundesregierung fördert somit mit die sofortige Abschaltung von Kohlekraft und somit von Strom und Wärme in Bremen. Und das geschieht nicht nur in Bremen, sondern bundesweit. Ziviler Ungehorsam wird gefördert, um die kapitalistische Produktionsweise der Energieversorger zu torpedieren. Das Kraftwerk Hafen und das Kraftwerk

Hastedt gehören der swb, □ □ehemals Stadtwerke Bremen. □ □Die Stadtwerke Bremen wurden □ □1999 □ □von der Freien Hasestadt Bremen veräußert und privatisiert. □ □Nun möchte man die Kraftwerke den privaten Betreibern möglichst wieder entziehen, □ □oder am besten ganz dicht machen. □ □Hauptakteur dahinter ist die □ □Interventionistische Linke □ (□IL□) □Bremen. □ □Dies dürfte auch der rot-grünen Regierung in Bremen bekannt sein. Allerdings dürfte der Mehrheit der Demonstranten nicht bekannt sein, für wen und was sie dort demonstrieren. Diese werden einfach instrumentalisiert.

Der Beitrag erschien zuerst bei ScienceSceptical [hier](#)

[Leserbrief in der Süddeutschen zum Beitrag „Kohle, Kohle, Kohle“ \(Nr. 283 vom 8./9.12.2018\)](#)

Ich war überrascht, den Beitrag „Kohle Kohle Kohle“ mit seiner Fülle an persönlichen Diffamierungen in der Sparte „Wissenschaft“ zu finden und nicht auf den Meinungsseiten. Die Autorinnen identifizieren in Ihrer auf monatelanger Recherche beruhenden Aufspürung von „Klimaleugnern“ (welch unbedachter Begriff) „meist Männer über 60 Jahre“.

Im Falle von Wissenschaftlern mag dies daran liegen, dass man in diesem Alter auf sein Lebenswerk zurückblickt und mehr Zeit dafür hat, es in gesellschaftliche Diskussionen einzubringen. Jüngere und im Berufsleben stehende Forscher (wie auch JournalistInnen?) riskieren ihre Karriere oder Förderung, wenn sie bei brisanten Themen nicht dem wissenschaftlichen (bzw. politischen) Mainstream folgen. Wer etwa im „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung“ (PIK) mit seinen 350 Mitarbeitern angestellt werden möchte, sollte sich hüten, die Aussagen der Direktoren zu hinterfragen.

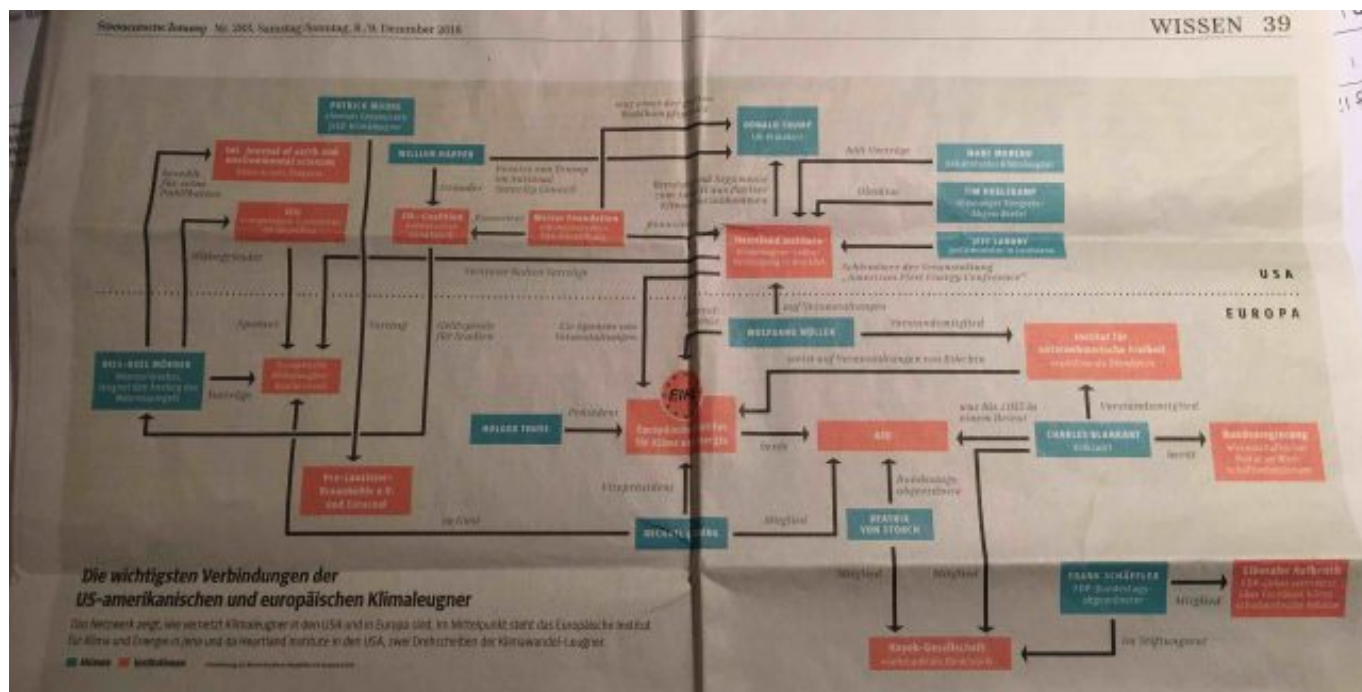
Wer wie das PIK über 30 Mio. Euro Steuergelder jährlich verfügt, seit seiner Gründung 1992 also vermutlich mit weit über eine halben Milliarde Euro staatlich gefördert wurde, braucht keine private Finanzierung wie die durchgehend inkriminierten Institutionen der bösen „Klimaverneiner“, welche sich dagegen vergleichsweise bescheiden ausnimmt.

Das PIK wird dominiert von theoretischen Physikern wie John Schellnhuber, Stefan Rahmstorf oder Anders Levermann, und nicht von Naturwissenschaftlern, die sich ihr Leben lang einem Forschungsthema gewidmet haben wie z.B. der renommierte Meeresspiegelforscher Axel N. Mörner. Von seinen über 200 Aufsätzen wurde im Artikel nur einziger abfällig zitiert. Man staunt, wie sich die Autorinnen anmaßen, ungetrübt von jeglicher journalistischen Objektivität die Kompetenz einzelner Wissenschaftler zu beurteilen. Jeder mag für sich entscheiden, wem er in Sachen Meeresspiegelschwankungen mehr vertrauen mag. Ebenso ist es keine Theorie, sondern unbestrittene Tatsache,

dass die Sahara – eine Region so groß wie die USA – während der letzten globalen Erwärmung nach dem Ende der Eiszeit vor rund 10.000 Jahren ergrünt ist. Und auch über die Ursachen der angeblich ersten US-amerikanischen Klimaflüchtlinge aus dem Mississippi-Delta mag man sich streiten.

Der nicht nur vom PIK oft postulierte „überwältigende“ oder sogar 97%ige Konsens aller Wissenschaftler zum rezenten und künftigen Klimawandel ist unhaltbar. Selbst bei manchem Konformismus und Opportunismus vieler Wissenschaftler wäre dies bei einem so komplexen Thema ein Armutszeugnis für die Wissenschaft. Solide Wissenschaft lebt von überprüfbaren Argumenten und inhaltlicher Diskussion, und nicht der hochmütigen Diskreditierung Andersdenkender. Augenmaß und Selbstskepsis stehen Wissenschaftlern besser zu Gesicht als Dogmatismus, Weltuntergangsszenarien und zu große Nähe zur Politik oder sogar zum Papst.

Die Erforschung des höchst komplexen Klimawandels auf den verschiedenen Kontinenten und in der Atmosphäre ist mühsam und langwierig. Die von Bohrkernen aus dem polaren Eis oder aus den Ozeanböden abgeleiteten Klimainterpretationen sind nicht so einfach weltweit übertragbar. Der Mensch ist weder Pinguin noch Fisch. Klimamodellierungen sind numerische Hypothesen und keine Gewissheiten. Ein globales Klima gibt es nicht. Und wie in der Vergangenheit gibt es beim Klimawandel immer Gewinner und Verlierer. Warmzeiten sind für die Menschheit jedenfalls unvergleichlich günstiger als Kaltzeiten.



Ausschnitt aus Artikel „Kohle, Kohle, Kohle“ (siehe Bezug weiter unten im Text) mit „Klimaleugner“-Netzwerk gemäß Süddeutsche Zeitung vom 8/9. Dezember nach Angaben von Moritz Neujeffski und Susanne Götze von SZ

Wer wie die Autorinnen andere Meinungen für falsch hält, weil sie auch von Trump oder der AfD geteilt werden, betreibt Meinungsjournalismus und denkt in simplen Schwarz-Weiß-Schemen, was weder der Natur noch dem Leben gerecht wird. Wirklicher investigativer Wissenschaftsjournalismus wäre es gewesen, nicht nur im politisch korrekten Mainstream mitzuschwimmen, sondern auch

einigen der ständig wiederholten Thesen zum anthropogenen Klimawandel auf den Grund zu gehen. Etwa zu versuchen dem Leser zu erklären, warum der geringfügige Anstieg von 0,03 % auf 0,04 % CO₂ in den letzten 100 Jahren entscheidend für die Erwärmung sein soll. Oder zu überprüfen, was sich von den früheren Prognosen und Modellierungen des PIK und des Weltklimarats IPCC, oder auch des Films „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gore bisher nicht bewahrheitet hat. Um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Für die grafische Darstellung der weltweiten Verknüpfungen der zahllosen und überwiegend fachfremden Klimawandel-Apologeten in Behörden und Instituten, NGOs, Lobbyorganisationen und Thinktanks sowie in den Parteien und Medien v.a. in Deutschland, darunter auch die mehrfach zitierte *Adelphi* sowie die Sponsoren des Artikels und des Monitor-Beitrags im WDR würden sämtliche Seiten einer SZ-Ausgabe am Wochenende übrigens kaum ausreichen.

Dr. Stefan Kröpelin

(seit 40 Jahren in der Erforschung des Klima- und Umweltwandels in der Sahara tätig)

[Aus dem jüngsten Rundbrief der GWPF vom 28. November 2018](#)

UN-Klimakonferenz zur Förderung der Kohle

Polen ist das Land mit der höchsten Erzeugung von Steinkohle höchster Qualität in der EU, und in ebendiesem Land wird am Wochenende der globale UN-Klimagipfel COP24 eröffnet, und zwar in der im Süden gelegenen Kohlestadt Katowice. Und Polen hat noch verschiedene Unternehmen im Kohle-Bereich als Partner dieses Gipfels berufen.

Der polnische Umweltminister Henryk Kowalczyk sagte Reportern in Warschau, dass das staatseigene JWS-Unternehmen zusammen mit den auf Kohle basierenden Energieerzeugern PGE und Tauron für die globalen Verhandlungen als Partner berufen worden sind. Die Verhandlungen haben zum Ziel, die globale Erwärmung mittels Reduktion von Treibhausgas-Emissionen zum Halten zu bringen.

Polens Versicherungs-Riese PZU, dessen PKO PB-Bank und das Erdgas-Unternehmen PGNiG sind ebenfalls Sponsoren. Alle sechs Unternehmen sind in Staatsbesitz.

Polen stützt sich bei der Deckung seines Energiebedarfs zu 80% auf Kohle, das ist der höchste Prozentsatz aller EU-Länder.

Die ganze Story steht [hier](#) (unter dem Titel „Polen beruft Kohle-Unternehmen als Partner für COP24“).

Brasilien hat soeben die jährliche Sause der Grünen Blase abgesagt

Brasilien hat sein Angebot zurückgezogen, den jährlichen UN-Klimagipfel im nächsten Jahr auszurichten, und zwar mit Verweis auf fehlende Haushaltsmittel und den Übergang zu einer neuen Regierung.

Diese Kehrtwende folgte nach der Wahl von Jair Bolsonaro als neuer Präsident Brasiliens im Oktober. Damit übernimmt eine Regierung die Macht, welche dem Globalismus und Maßnahmen gegen das Problem Klimawandel kritisch gegenüber steht.

Die Regierung sandte der UN-Klima-Chefin Patricia Espinosa kürzlich eine Botschaft, in welcher die Entscheidung begründet wird ([hier](#), in portugiesischer Sprache).

„Unter Berücksichtigung fiskalischer und haushälterischer Grenzen, welche höchstwahrscheinlich auch in naher Zukunft noch herrschen werden, und unter Berücksichtigung des Übergangs-Prozesses für die neu gewählte Regierung, welche am 1. Januar 2019 ihre Arbeit aufnehmen wird, muss die Brasilianische Regierung ihr Angebot, COP25 auszurichten, zurückziehen“, heißt es in dem Statement.

Damit stehen der Tagungsort und die Führung der UN-Klimakonferenz im nächsten Jahr auf der Kippe. Die Konferenzen werden normalerweise im November oder Dezember abgehalten.

Die ganze Story steht [hier](#).

Deutschland verzögert den (Plan) zum Ausstieg aus Kohle

Deutschland wird vermutlich mit leeren Händen zum COP24-Gipfel nach Polen reisen, hat doch die Kohle-Kommission des Landes beschlossen, seine Arbeit nicht wie geplant Ende dieses Jahres abzuschließen, sondern zu verlängern.

Deutschlands Kommission zur Planung des definitiven Ausstiegs aus der Kohle bei der Energieerzeugung hat Pläne gestrichen, noch vor Ende dieses Jahres zu einer Entscheidung zu kommen.

Mehrere Tage, nachdem einige Bundesländer in Ostdeutschland nach besseren und detaillierteren Plänen zur Unterstützung von Regionen mit Kohle-Bergbau verlangt hatten, hat die so genannte Kohle-Kommission beschlossen, ihre Arbeit nunmehr erst am 1. Februar 2019 abzuschließen.

Die Arbeitsgruppe beschloss, weiter über konkrete Vorschläge für Kohle-Regionen zu beraten und diesbezüglich Verhandlungen aufzunehmen mit der Landes- und der Bundesregierung, hieß es in einer Presseerklärung der Kommission.

Der Ministerpräsident von Brandenburg Dietmar Woidke begrüßte die

Entscheidung, bis 2019 weiterzuarbeiten.

„Das ist gut und richtig. Der Druck seitens der ostdeutschen Bundesländer – die am meisten betroffen sind – war notwendig und offensichtlich erfolgreich“, sagte Woidke der DPA.

Die ganze Story steht [hier](#).

Und hier noch ein paar Kurzmeldungen zu diesem Thema und mit Bezug zu Klimawandel:

Japan baut über 30 neue Kohlekraftwerke

Das Kobe-Projekt ist eines von über 30 neuen Kraftwerken in der Planung oder im Bau in Japan, welche Kohle verbrennen. – [Nikkei Asian Review, 22. November 2018](#)

Vor einem entscheidenden Treffen versetzt Trump dem Pariser Klima-Abkommen einen weiteren Schlag

Einige Tage vor den hochrangigen jährlichen Klimawandel-Verhandlungen in Polen haben die USA dem Paris-Abkommen einen weiteren kleinen Schlag versetzt. In einem UN-Bericht zur Klima-Finanzierung haben die USA die Streichung aller expliziten Hinweise auf die Verantwortung der entwickelten Länder erzwungen, den Entwicklungsländern Mittel und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit diese dem Klimawandel begegnen können. – [Nitin Sethi, Business Standard, 27. November 2018](#)

Trump verdoppelt seinen Skeptizismus bzgl. globaler Erwärmung

Präsident Donald Trump bekräftigte seine Ablehnung düsterer Prophezeiungen, welche im jüngsten US-Bericht zur globalen Erwärmung ausgestoßen worden waren. „Viele Menschen wie ich selbst haben ein hohes Intelligenz-Niveau, aber das macht uns nicht automatisch zu solchen Gläubigen“, sagte Trump der Washington Post in einem Interview. – Michael Bastasch, [The Daily Caller, 27. November 2018](#)

Alles übersetzt von [Chris Frey](#) EIKE

Kernkraft und Arbeit

Wo sind die Arbeitsplätze?

Weltweit gibt es verschiedenste [Studien](#) zu dieser Fragestellung. Die Beantwortung ist nicht ganz einfach. Irgendwie muß man in komplexen und zudem noch international verknüpften Volkswirtschaft, die unzähligen Arbeitsverhältnisse aufdröseln. Um eine Systematik in die Angelegenheit zu bringen, unterscheidet man grundsätzlich drei Bereiche:

- **Direkte Arbeitsplätze** sind noch am leichtesten zu erfassen. Das sind die unmittelbar in einem Kernkraftwerk tätigen Menschen oder die auf der Baustelle beim Neubau oder Abriss arbeiten. Analoges gilt für die Herstellung von Brennelementen oder die Lagerung und Behandlung von Abfällen.
- **Indirekte Arbeitsplätze.** Hier wird die Sache schon komplizierter und undurchsichtiger: Beim Bau eines Kernkraftwerkes werden z. B. große Mengen Zement und Betonstahl benötigt. Dies sind handelsübliche Produkte. Die Hersteller arbeiten deshalb nicht nur für Kernkraftwerke. In der Praxis ist es damit gar nicht so einfach, die für ein bestimmtes Objekt notwendigen indirekten oder zugelieferten Arbeitsstunden zu ermitteln.
- **Induzierte Arbeitsplätze.** Das sind die Arbeitsplätze, die ganz besonders die Gemeinden am Standort einer kerntechnischen Anlage interessieren. Die Menschen, die in einem Kernkraftwerk arbeiten, geben einen großen Teil ihres Einkommens auch vor Ort aus: Sie kaufen in den lokalen Geschäften ein, bauen sich ein Häuschen oder wohnen im Hotel, wenn sie als Monteure im Kraftwerk (zeitweise) beschäftigt sind. Diese „Kaufkraft“ schafft zusätzliche Arbeitsplätze, die nur über Statistiken umzurechnen sind – ein breites Betätigungsfeld für Volkswirtschaftler.

All diese Arbeitsplätze fallen lokal, regional, national und international an. Wo sie anfallen, hängt vor allem vom Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft ab. In Deutschland konnte man einst alles von der letzten Schraube bis zur kompletten Dampfturbine „zu Hause“ kaufen. In Rußland oder China ist das durchaus heute noch nicht der Fall. Viele Komponenten müssen noch im Ausland zugekauft oder zumindest gegen Lizenzgebühren „nachgebaut“ werden. Dies gilt natürlich auch in umgekehrter Richtung: Baut man keine Kernkraftwerke mehr, muß man sich nicht wundern, warum beispielsweise der eigene Turbinenbau verschwindet. Diese Tatsache haben viele Gewerkschaftsfunktionäre und Kombiatsleiter in Deutschland offensichtlich völlig unterschätzt.

Man kann all diese Zusammenhänge in herrliche Computermodelle stecken und tolle Bilder – für welchen Zweck auch immer – damit erzeugen. Wie so oft im Leben, hilft einem aber eine einfache qualitative Überlegung weiter: Die Kosten des einen – und Kernkraftwerke sind bekanntlich richtig teuer – sind immer auch der Umsatz der anderen. Dies ist ein maßgeblicher Grund, warum z. B. Großbritannien massiv neue Kernkraftwerke bauen will. Wohlstand fällt nicht vom Himmel. Auch die schicke Bibliothek, das Schwimmbad und letztendlich sogar der „Biobäcker“ müssen erstmal finanziert werden. Wie man sieht, sind schon viele „Dörfler“ weiter und sehen ein Kernkraftwerk deshalb nicht (mehr) als Bedrohung, sondern als Chance zur Entwicklung.

Das Zeitdauer-Problem

Bei Kernkraftwerken unterscheidet man vier Lebensphasen: Bau, Betrieb, Rückbau und Endlagerung. Die Bauzeit wird international in die zwei Phasen „Baustellenvorbereitung“ und „Errichtung“ (ab dem ersten Beton für die Grundplatte bis zur Übergabe) mit jeweils fünf Jahren angesetzt. Die Betriebszeit mit 50 Jahren. Der Rückbau ebenfalls in zwei Phasen von je fünf Jahren (nuklearer Teil und konventioneller Abriß). Für die Endlagerung 40 Jahre (Zwischenlagerung, Verpackung und sicherer Einschluß der Abfälle). Dies sind Mittelwerte, die sich aus der bisherigen weltweiten Erfahrung gebildet haben. Im Einzelfall können sich erhebliche Abweichungen ergeben. Zukünftig sind Veränderungen angesagt: So wird bei der Betriebsdauer für neue Kraftwerke bereits von 60 bis 80 Jahren ausgegangen. Entsprechend würden sich die Zahlen für die Beschäftigten verschieben.

Der Praktiker liebt Kennzahlen, mit deren Hilfe er grobe Überschlagsrechnungen ausführen kann. Dies wird – im Zeitalter der Computermodelle – (zumindest) für Plausibilitätskontrollen immer wichtiger. So wird z. B. im „Kleingedruckten“ für die direkte Beschäftigung eine Fehlerbandbreite von $\pm 10\%$, bei der indirekten Beschäftigung von $\pm 20\%$ und bei der induzierten Beschäftigung von $\pm 30\%$ angegeben. Ganz schlimm wird es, wenn Politiker Vergleichsstudien für unterschiedliche Energiesysteme in Auftrag geben. Solche „Vergleichsabschätzungen“ weisen aus Erfahrung Abweichungen von $\pm 50\%$ auf.

Diese Bandbreiten sind nicht verwunderlich. Beruhen doch alle Daten auf Statistiken aus der Vergangenheit. Neben Fehlern bei der Datenerfassung ergeben sich immer Veränderungen aus technologischen Gründen über so lange Zeiträume ($10+50+10+40=110$ Jahre). Ganz besonders mit Vorsicht zu genießen, sind die Daten zu den induzierten Arbeitsplätzen. Hier erfolgt die Verknüpfung mit den direkten und indirekten Arbeitsplätzen über das Einkommen bzw. die Preise. Wer aber wieviel, für was, in einer Gesellschaft ausgibt, ist äußerst variabel. Bei so langen Betrachtungszeiträumen sind sogar Systembrüche (z. B. DDR in BRD) nicht auszuschließen.

Ein paar Anhaltswerte

Die USA betreiben über 100 Reaktoren, haben bereits mehrere abgerissen und verfügen vor allen Dingen über einen kompletten Brennstoffkreislauf, vom Uranbergwerk bis zur Endlagerung. Sie verfügen damit über ausreichend Daten. Allerdings ist dabei der Zeitraum von mehreren Jahrzehnten (Technologiesprünge, Inflationsraten usw.) zu beachten. Um die Werte für Überschlagsrechnungen besser handhabbar zu machen, wurden sie als **Mannjahre pro 1000 MW_{el} (MJ)** normiert. Mannjahre ist dabei ein in der Industrie geläufiger Begriff: Es werden eigentlich die angefallenen Arbeitsstunden registriert und anschließend durch die zulässigen Jahresarbeitszeiten (Feiertage, Urlaub etc.) geteilt. Auf die Bauzeit entfallen 12 000 MJ, auf den Betrieb 30 000 MJ, auf den Rückbau 5000 MJ und auf die „Endlagerung“ 3000 MJ. In der Summe also 50 000 MJ an direkt angestellten Arbeitskräften. Hinzu kommen noch einmal die gleiche Anzahl in der Zulieferindustrie. Insgesamt sind damit 100 000 Mannjahre pro GW_{el} über den Lebenszyklus eines

Kernkraftwerks in den USA nötig. Diese induzieren noch weitere Arbeitsplätze, sodaß die Statistiker auf über 400 Millionen Arbeitsstunden für jeden Reaktor (mit 1000 MW_{el}) in der Volkswirtschaft kommen.

Statistische Auswertungen in Korea und Frankreich kommen zu ähnlichen Ergebnissen. So sind für den Bau von Reaktoren der II. Generation in Frankreich 26 600 MJ, in Korea 28 300 MJ und in den USA 24 473 Mannjahre auf den Baustellen und in der Zulieferindustrie pro installiertem GW_{el} angefallen. Wen wundert es da, daß in Frankreich und den USA kaum jemand auf den „Industriezweig Kerntechnik“ verzichten mag? Ganz im Gegenteil: Man will in beiden Ländern neue Kernkraftwerke bauen.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt mag verdeutlichen, warum in immer mehr Gemeinden in den USA inzwischen Bürgerinitiativen für den Weiterbetrieb „ihres“ Kernkraftwerks kämpfen: Im Jahr 2013 arbeiteten 62 170 Angestellte in den 104 Kernkraftwerken in den USA. Das macht im Mittel 598 Beschäftigte pro Kraftwerk (Bandbreite zwischen 400 bis 700) mit einem Durchschnittseinkommen von 95 000 US\$ pro Jahr (von der Küchenfee bis über den Direktor gemittelt). Neben den Steuerausfällen reißt der Kaufkraftverlust eine Gemeinde nach der Abschaltung schnell in den wirtschaftlichen Abgrund.

Wenn man schon mal mit Zahlenspielereien beschäftigt ist, kann man auch ruhig mal die Betrachtungen andersherum anstellen: Ein Leichtwasserreaktor benötigt etwa 185 to Natururan jährlich (pro 1000 MW_{el}) für seine Stromerzeugung. Wenn man die Weltdaten (384 GW und 65 000 Minenarbeiter) nimmt, ergibt das etwa 170 Angestellte im Uranbergbau und weitere 100 Angestellte in der Brennstoffherstellung (Konversion, Anreicherung und Brennelementfertigung). Jedenfalls unter 300 Angestellte für die gesamte Brennstoffversorgung. Man vergleiche diese Produktivität mal mit der Förderung und dem Transport von Steinkohle für den Betrieb eines gleich großen Kohlekraftwerks. Auch hier wieder eine Antwort, warum China, Indien – und selbst die USA – gar nicht auf Kohlekraftwerke verzichten können. Geschehe die Umstellung etwa innerhalb nur eines Jahrzehntes, wären die sozialen Verwerfungen unvorstellbar.

Oder noch einmal die Zahlen von weiter oben andersherum: Für die Erzeugung von 4000 KWh elektrischer Energie in einem Kernkraftwerk – die auch noch jederzeit auf Wunsch verfügbar sind – benötigt man nur etwa eine Arbeitsstunde über den gesamten Lebenszyklus gerechnet. Auch dies eine Antwort, warum die Energiewende nur ein Hirngespinnst sein kann.

Schlusswort

Wer bisher immer noch glaubt, die „Anti-Atom-Bewegung“ besteht aus verhuschten Theaterwissenschaftlerinnen, die ganz, ganz viel Angst vor Strahlung haben oder sonstigen Menschen, die sich echt doller Sorgen um die Welt und die Wale machen, ist ein Narr. Überwiegend handelt es sich bei den Verantwortlichen in den einschlägigen Parteien um marxistisch geschulte Kader, die sich ganz bewußt die Kernenergie als Angriffsobjekt auf diese Gesellschaftsordnung ausgesucht haben. Erst Ausstieg aus der Kernenergie, dann Ausstieg aus der Kohle und parallel Angriff auf die Autoindustrie. Verbündet mit Schlangenölverkäufern, die sich auf Kosten von Kleinrentnern

und Kleinverdienern .(ständig steigende Stromrechnungen und gesperrte Anschlüsse!) gierig die Taschen füllen. Getreu dem Grundsatz aller Sozialisten: Erst mal die Probleme schaffen, die man anschließend vorgibt zu lösen. Von Venezuela lernen, heißt Untergang lernen. Dunkle Aussichten für Michel, es sei denn, er kriegt doch noch die Kurve an der Wahlurne.

Der Beitrag erschien zuerst auf dem Blog des Autors [hier](#).

Klimaschutzdemo im Hambacher Forst: Machen wir der Bechsteinfledermaus den Garaus!

Der Umweltschutzverband BUND hat gerade mit einem Eilantrag und einer Klage vor dem OVG Münster die Rodung im Hambacher Forst gestoppt. Der BUND hatte argumentiert, dass der Wald mit seinem Bechsteinfledermausvorkommen die Qualitäten eines europäischen FFH-Schutzgebietes habe und deshalb geschützt werden müsse. Das Gericht erklärte, die Unterlagen dazu umfassten mehrere Kisten, die Rechtsfragen seien so komplex, dass man sie nicht in einem Eilverfahren beantworten könne. Die Rodung müsse vorerst gestoppt werden, damit keine „vollendete, nicht rückgängig zu machende Tatsachen geschaffen“ würden, teilte das Gericht mit. RWE muss nun warten, bis über die Klage des BUND entschieden ist. Das Verfahren kann zwei bis drei Jahre andauern.

Weiterhin genehmigte das VG Aachen trotz Sicherheitsbedenken der Polizei eine Großdemo am Hambacher Forst. Es wird heute mit 20.000 Demonstranten am und im Hambacher Forst gerechnet.

Der BUND und die Klimaaktivisten im Hambacher Forst zeigen sich darüber hoch erfreut. Die Bechsteinfledermaus hatte der BUND nicht zum ersten Mal vorgeschoben. Mit dem Schutz der Bechsteinfledermaus begründete der BUND bereits seine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gegen die Verlegung der A4 im Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau Hambach, die jedoch am 13. Mai 2009 abgewiesen wurde. Gleiches versuchte der BUND beim Lückenschluss der A33 zwischen dem Autobahnkreuz Bielefeld und Borgholzhausen, doch auch in diesem Fall wies das Bundesverwaltungsgericht die Klage ab. Nun versucht es der BUND erneut mit der Bechsteinfledermaus beim Hambacher Forst.

In Hambach befindet sich eine von zwei Kinderstuben dieser Art. Eine im Hambacher Wald und eine andere unweit entfernt in der randlich des Tagebaus gelegenen Steinheide. In Deutschland befindet sich ein Viertel der bekannten

Vorkommen dieser Art. Dabei sind die Mittelgebirgsregionen die Kerngebiete der mitteleuropäischen Bestände. Größere, stabile Vorkommen der Bechsteinfledermäuse finden sich vor allem in Nordbayern, Baden-Württemberg und Hessen.

Bechsteinfledermäuse sind sehr standorttreu und leben in alten, baumhöhlenreichen Laubmischwäldern. Im Steckbrief zur Bechsteinfledermaus findet sich, Kolonien der Bechsteinfledermaus (mit ca. 20 Individuen) benötigen zusammenhängende Waldkomplexe in einer Mindestgröße von 250-300 ha als Jagdhabitat. Nach den Rodungen sind allerdings nur noch 200 ha vom Hambacher Forst verblieben. Die Fläche reicht also heute schon nicht mehr aus, um das Überleben einer stabilen Bechsteinpopulation mit 20 Individuen sicher zu stellen. Die Paarungszeit der Bechsteinfledermaus erstreckt sich über den Herbst, den Zeitraum kurz vor dem Umzug in die Winterquartiere. Aktuell befinden wir uns in der Paarungszeit der Bechsteinfledermäuse.

20.000 sog. Umweltschützer ziehen heute an und in den Hambacher Forst, um dort Krawall und Remmi Demmi gegen RWE zu machen. 1.000 Aktivisten kommen somit auf jede Bechsteinfledermaus im Hambacher Forst.

Akustische Reize können auf unterschiedliche Weise zu Beeinträchtigungen von Fledermäusen führen.

A: Störung im Bereich der Quartiere

Fledermäuse sind in ihren Quartieren empfindlich gegenüber Störungen, die auch aus akustischen Reizen resultieren können, zumal diese häufig kumulativ mit anderen störenden Wirkfaktoren verbunden und von diesen ursächlich nicht immer eindeutig zu unterscheiden sind. Konsequenzen von akustischen Störungen in Quartieren können die Aufgabe der Quartiere oder Abwanderung bzw. Vergrämung eines hohen Anteils an Individuen und somit Bestandsrückgang oder Beeinträchtigung bzw. Erlöschen lokaler (Teil-)Bestände sein.

B: Störung im Bereich der Nahrungshabitate

Fledermäuse orientieren sich im Flug und bei der Beutesuche insbesondere aktiv akustisch mittels Echoortung. Bei einzelnen Arten (insbesondere Bechsteinfledermaus, Großes Mausohr, Braunes und Graues Langohr) spielt daneben aber auch eine passiv akustische Orientierung eine Rolle, d. h., sie nutzen die Geräusche der Beutetiere, um diese zu finden. Durch z. B. verkehrsbedingte Verlärmung der Jagdhabitate können diese Beutetiergeräusche teilweise „maskiert“ werden. Dadurch kann der Jagderfolg dieser Arten in trassennahen Jagdhabitaten reduziert werden.

So wie wir es von Waldgeistern kennen, leben Bechsteinfledermäuse im Verborgenen: Es muss schon unter dem Blätterdach des Waldes stockfinster sein, bevor Bechsteinfledermäuse aus ihren Tagesschlafquartieren zur nächtlichen Insektenjagd ausfliegen. Nun aber vagabundieren dort 20.000 sog. Umweltschützer umher. Und das ausgerechnet zur Paarungszeit der Bechsteinfledermaus, die das Überleben der Population sicherstellt. Man fragt

sich, wissen diese 20.000 sog. Umweltschützer eigentlich, dass jetzt Paarungszeit ist und Bechsteinfledermäuse keinen Lärm vertragen, oder ist es ihnen einfach egal?

Zweites wird wahrscheinlich der Fall sein. Am Ende geht es dem BUND, gibt Dirk Jansen zu (Geschäftsleiter Umwelt- und Naturschutzpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BUND NRW), nämlich auch gar nicht in erster Linie um die Bechsteinfledermaus. „Entscheidend sind für uns die Menschen, die Menschen in Buir und Niederzier, für die wir einen Schutz vor unzumutbaren Belastungen erreichen wollen. Dazu nutzen wir die Bechsteinfledermaus.“

Naturschutzverbände als Ökostromanbieter

BUND, NABU oder Greenpeace geben sich als Schützer der Natur und Umwelt aus, sind aber auch gleichzeitig Ökostromanbieter und eng mit der Windenergiewirtschaft verbandelt. Sie versuchen der Öffentlichkeit seit Jahren einzureden, Windkraftwerke trügen zum „Klimaschutz“ bei, hätten also irgendwelche Auswirkungen auf das „Klima“. Das ist ausgemachter ideologisch motivierter Unsinn. Durch Windkraftanlagen wurde in Deutschland bisher kein Gramm CO2 eingespart, da die Speicher für Flauten fehlen und so Schattenkraftwerke/ Kohlekraftwerke im Hintergrund durchlaufen.

Die Machenschaften des BUND: Der BUND zieht Klage für 820.000 Euro zurück

Der BUND klagt vor allem, wenn es sich für ihn lohnt. So auch 2003. Der BUND-Niedersachsen hatte 2003 gegen die Errichtung der Windparks Nordergründe geklagt. Erhielt dann aber 20 Prozent der gesetzlich vorgesehen Naturschutz-Ersatzzahlungen für die Rücknahme seiner Klage vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg gegen diesen Windpark, nur wenige hundert Meter vom Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, EU-Vogelschutzgebiet und „Weltnaturerbe“ entfernt. Das sind satte 820.000 Euro für die „Stiftung Naturlandschaft“ des BUND. Die Zahlung wurde nach einer Vereinbarung mit der Niedersächsischen Staatskanzlei und dem WWF im März 2011 unterzeichnet, die für den BUND abgezweigten Mittel standen eigentlich dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) zu. Die Windkraftmonster im Wattenmeer sollen „an zehn Tagen im Jahr“ abgeschaltet werden; ein Feigenblatt: Der Vogelzug beginnt alljährlich mit dem Ende der Brutzeit im Juli und geht bis in den November-Dezember.

Waldschlag für Windkraftanlagen

Auch wenn Wald dem Klimaschutz zu Opfer fällt, geschieht das unter Billigung der Umweltaktivisten und vieler Umweltverbände. Nach Angaben der Deutschen Wildtierstiftung hat sich die Anzahl der Windenergieanlagen im Wald innerhalb Deutschlands seit 2010 versiebenfacht. Alleine zwischen 2010 und 2015 wurden nach einer Statistik der Stiftung 859 Anlagen im Wald errichtet. Den bisher stärksten Zubau gab es dann 2016 mit 387 Neuanlagen. Dies bestätigt auch die Fachagentur Windenergie an Land. Nach einem Bericht der Märkischen Allgemeinen wurden für 2017 allein in Brandenburgs Wäldern 293 neue Anlagen geplant. „Es ist davon auszugehen, dass durchschnittlich 0,5 Hektar Wald pro

Anlage dauerhaft in Anspruch genommen und damit ausgeglichen werden muss“, heißt es überschlägig von Seiten des Umweltministeriums. Ganz grob geschätzt dürften seit 2010 demnach über 750 Hektar Wald für Windkraftanlagen abgeholzt worden sein.

Vermüllung des Hambacher Forstes durch Umweltaktivisten

Was man schätzt und für erhaltenswert und schützenswert befindet, sollte man eigentlich pfleglich behandeln. Die Umweltaktivisten leben aber seit sechs Jahren in Plastikmüll und vermüllen den Hambacher Forst mit Plastikmüll. Kubikmeter an Plastikmüll wurden von RWE aus dem Hambacher Forst entfernt und abtransportiert. So sieht Klimaschutz heute aus. Die Bechsteinfleidermaus wird es freuen. Ja wenn sie überhaupt noch da ist?

Der Beitrag erschien zuerst bei ScienceSceptical [hier](#)

Energie aus Kohle wird weiter benötigt, während die Energiewende implodiert

Deutschlands Grünes Energiedebakel: Der Selbstbetrug bei der Energiewende

NoTricks Zone, Pierre Gosselin
9. September 2018

Deutschland galt früher als weltweit führend beim Übergang zu erneuerbaren grünen Energien, der CO2 Minderung wegen – insbesondere mit Wind- und Solarenergie – ein Projekt, das als „Energiewende“ bezeichnet wird. Aber, Deutschland ist hinter dem Rudel zurückgefallen.

Ironischerweise sind die USA weltweit führend in der Reduzierung von CO2!

Rheinische Post (RP) „der Selbstbetrug bei der Energiewende“

Die Düsseldorfer Tageszeitung schreibt, es sei an der Zeit, dass Deutschland „unbequeme Wahrheiten“ bezüglich grüner Energien anspricht und dass pragmatisches (und nicht ideologisches) Handeln nötig ist.

Der grüne, kultartige Traum, der jetzt mit der harten Realität kollidiert

Jahrelang versprochen die deutsche Regierung, Aktivisten und alarmierende Wissenschaftler, dass grüne Energien – vor allem Wind und Sonne – reichlich,

billig und sauber seien. „Hurra!“ Riefen sie alle jubilierend.

Doch heute räumt die RP in ihrem Kommentar ein, dass „die Realität völlig anders aussieht“ und dass „eine enorme Anstrengung“ erforderlich ist, nur um die Stromnetze stabil zu halten, da immer wieder unvorhersehbare grüne Stromstürme in das Stromnetz gelassen werden müssen.

Laut RP haben die Notstromnetzeingriffe der Netzbetreiber die Stromverbraucher im vergangenen Jahr 1,4 Milliarden Euro gekostet. Deutsche Haushalte zahlen inzwischen 47% mehr für ihren Strom als der Durchschnitt der EU.

Energiewende: „riskant, ineffizient und teuer“

Und was haben die deutschen Verbraucher im Gegenzug für die zusätzlichen Schmerzen im Hinblick auf Klima und CO₂-Emissionen bekommen? Nichts.

Die deutschen CO₂-Emissionen stagnieren (dh. Sie sind nicht gesunken). Und RP: „Der deutsche Übergang zu grüner Energie ist in der Realität riskant, ineffizient und teuer.“

Energiewende „entgleist“

Die RP kommentiert, dass fettgedruckte Schlagzeilen über neue Rekordmengen an umweltfreundlicher Energie [aufs Jahr gerechnet] nichts an der scheiternden grünen Energiewende ändern und stellt fest, dass obwohl grüne Energien 37% des Bruttoanteils am Bruttostromverbrauch ausmachen, diese Energien nur 13 Prozent des gesamten deutschen Energiemixes ausmachen!

Der RP fragt: „Wie konnte das deutsche Flaggschiffprojekt so entgleisen?“

Die Deutsche Abhängigkeit von Kohle „ist zementiert für die kommenden Jahre“

Der Hauptgrund für das Scheitern, so schreibt die RP, sei der panische Drang der Deutschen, die Atomenergie im Kielwasser der japanischen Atomkatastrophe von Fukushima inmitten einer tief verwurzelten, kollektiven und jahrzehntelangen deutschen Abneigung gegen die Atomkraft zu verlassen. Dies führte dazu, dass die deutsche Regierung die Hälfte ihrer Kernkraftwerke über Nacht stilllegte und blind in einen raschen, ungeplanten Ausbau von Wind- und Solarenergie eintauchte.

Die Entscheidung, so schreibt die RP, sei von dem Ziel getrieben, die Kernkraft stillzulegen und nicht CO₂ zu reduzieren.

Das Ergebnis, kommentiert RP: „Leider stehen beide Ziele in direktem Widerspruch. Der politisch gewollte Ausstieg aus der Kernenergie hat unsere Abhängigkeit von Kohle für die kommenden Jahre gefestigt. Deren Anteil beträgt immer noch 42 Prozent.“

Die RP kommentiert dann, dass, wenn Deutschland wirklich ernsthaft CO₂ reduzieren würde, das Land seine verbleibenden Kernkraftwerke, die keine

Treibhausgasemissionen produzieren, nicht stilllegen dürfte.

Grüne Energien „eine naive Illusion“

Die RP schreibt auch, Deutschland sollte seine Bemühungen überdenken, „Dieselmotoren zu dämonisieren“, die eine erheblich bessere Kraftstoffeffizienz als Benzinmotoren haben. Der Schritt zur Eliminierung von Dieselmotoren wird die CO₂-Reduzierung erschweren. Auch stellt RP fest, dass Elektroautos „keine Alternative“ in Bezug auf CO₂ sind.

100% erneuerbare Energien „eine naive Illusion“

Der RP bezeichne die Idee, den gesamten deutschen Energiebedarf durch erneuerbare Energien abzudecken, als „eine naive Illusion“ und erwartet, dass das Land akzeptieren müsse, dass es auch langfristig auf fossile Brennstoffe angewiesen sein werde.

Auch die kollektiv naiven Deutschen müssen sich im Allgemeinen realistisch und ernsthaft darüber äußern, was zu 100% umweltfreundlich ist.

Die RP schreibt weiter:

Wer Solarzellen auf dem Dach montiert hat und dann gedankenlos in den Urlaub auf den Malediven fliegt, hat das Problem nicht verstanden.

Die Öffentlichkeit ist auch gegen CCS

Schließlich kommentiert die RP andere mögliche technische Lösungen, die dazu beitragen könnten, die Reduzierung von CO₂ erträglich zu machen, nämlich die CCS-Technologie zu subventionieren. Eine große Anzahl von Deutschen ist jedoch auch gegen diese Technologie.

Wie die Dinge zeigen, wird Deutschland niemals in der Lage sein, seine CO₂-Reduktionsziele zu erreichen.

[No Tricks Zone](#)

Auch eine andere deutsche Zeitung schreibt nicht mehr so euphorisch

Kommentar in der ‚Die Welt‘: „Europa kann die deutsche Stromversorgung nicht retten“

NoTricks Zone, Pierre Gosselin
11. September 2018

Deutschland hat stark überschätzt, wie sehr seine Nachbarländer im Falle von Windstille- und Dunkelheit aushelfen könnten und damit bleibt die Energieversorgung in Deutschland gefährdet.

... Bisher machen Kernkraft und Kohlekraft noch den Löwenanteil bei der stabilen Grundlaststromversorgung in Deutschland aus.

„Eine gefährliche Fehlkalkulation“

Offenbar haben sich die deutschen Behörden jedoch gründlich verrechnet: Der Journalist Daniel Wetzel von der Welt schreibt unter Berufung auf eine aktuelle Studie: [„Europa kann die deutsche Stromversorgung nicht retten“](#) Denn „kaum ein Nachbarland hat noch zusätzliche (überschüssige) Energiekapazität“ ... die deutsche Strategie ist ... eine gefährliche Fehlkalkulation.

Im Jahr 2014 ging das deutsche Wirtschaftsministerium davon aus, dass das Land sich auf 60 Gigawatt Überkapazitäten in verwandten Nachbarmärkten in Europa verlassen könnte, ... diese Zahl ist um den Faktor 3 bis 4 überhöht. An windstillen und sonnenlosen Tagen kann Deutschland am Ende erhebliche Mengen an Energie vermissen.

... Er fügt hinzu, dass, da jedes europäische Land bestrebt ist, mehr Wind- und Solarkapazität hinzuzufügen, mehr ihrer Grundlastkraftwerke ebenfalls abgeschaltet werden, was die Situation nur verschlimmert, wenn Sonne und Wind nicht auftauchen. Der Punkt kommt schnell, wo es keine ausreichende Grundlastkapazität geben wird, um das Netz stabil zu halten.

Eine Lösung ... wäre die Installation von gasbefeuerten Stromerzeugern, damit sie in Zeiten schwacher Wind- und Solarenergie befeuert werden können: ... nur „Neue Gaskraftwerke werden jedoch nirgendwo gebaut, weil die Refinanzierung unter den Bedingungen der Energiewende erscheint als zu riskant“, berichtet Wetzel.

... Kurz gesagt, wenn Europa seine Wind- und Solarkapazität ausbaut, wird mehr Grundlastkapazität benötigt. Aber anstatt diese hinzuzufügen, reduziert Europa und macht dadurch die Versorgung und das Netz instabil.

Was Deutschland betrifft, so dämmert es der Politik immer mehr, dass die Gestaltung der Energieinfrastruktur am besten durch Experten der Elektrotechnik vorgenommen werden sollte und nicht von klimaschädlich besessenen Politikern und grünen Aktivisten, die denken, dass so komplexe Systeme ad hoc aufgebaut werden können .

Der Preis dieses schlampigen politisierten Ansatzes könnte mittelfristig sehr schmerzhaft werden.

[No Tricks Zone](#)

Gefunden auf [Stophesethings](#) vom 20.09.2018

Übersetzt durch Andreas Demmig

<https://stophesethings.com/2018/09/20/merkels-muddle-coal-keeps-powering-on-as-germanys-renewable-energy-transition-implodes/>

In Berlin protestieren Aktivisten gegen Kohle – und machen die Straßen unsicher

Hunderte von Protestierenden gingen am Sonntag auf die Straßen des Berliner Regierungsviertels, um zu fordern, dass Deutschland auf Kohle als Rohstoff für die Energieproduktion verzichtet. Nach einem Bericht der Associated Press marschierten zahlreiche Aktivisten mit Luftballons – „Stoppt Kohle“ und „Klima retten“. Die Proteste kamen eine Woche bevor die deutsche Kohleausstiegskommission ihr erstes Treffen abhalten wird.

https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/id_84003614/-sonne-statt-kohle-in-berlin-aktivisten-faerben-strassen-um-grossen-stern-gelb.html

Rutschige Fahrbahn und Unfallgefahr

Doch die Aktion könnte zum Ausrutscher werden. Polizei und Augenzeugen berichteten, dass die Fahrbahn glatt sei und damit gefährlich. Die Aktivisten hätten sogar Warnschilder mit der Aufschrift „Rutschgefahr“ dabei gehabt. Mindestens eine Radfahrerin war am Dienstagmorgen gestürzt, berichtete ein Journalist des „Tagesspiegels“ auf Twitter. Die Frau, eine Lehrerin, habe zwar einen Schock erlitten, wurde aber nicht verletzt.

... Die Polizei ermittelt ...wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ...

... Mehrere Reinigungsfahrzeuge der BSR waren gegen neun Uhr am Großen Stern eingetroffen, berichtete der „Tagesspiegel“ weiter. Die Farbe war allerdings nicht so leicht abwaschbar, wie Greenpeace das gemeldet hatte. Durch das Wasser sei die Fahrbahn noch rutschiger geworden.

* * *

Der Versuch der Bundesregierung, von fossilen Brennstoffen abzurücken, hat jedoch nicht nachgelassen. Europas größte Wirtschaft hat bisher schätzungsweise 200 Milliarden Dollar für eine Initiative ausgegeben, um den Sektor der erneuerbaren Energien zu stützen.

Im Rahmen einer umfassenden grünen „Energiewende“, hat Deutschland in den vergangenen 20 Jahren Milliarden für den Übergang zu erneuerbaren Energien und weg von fossilen Brennstoffen ausgegeben und ist damit zu einem der weltweit führenden Anbieter von Windenergie geworden. Übergeordnetes Ziel der Energiewende ist es, die Schadstoffbelastung Deutschlands durch die Stilllegung von Kohle- und Atomkraftwerken zugunsten von Wind-, Solar- und Biokraftstoffen zu senken.

Die Initiative ist für den durchschnittlichen, deutschen Verbraucher mit hohen Kosten verbunden. In diesem Jahr werden über die Stromrechnung rund 28

Mrd. Euro zu zahlen sein. ([RELATED: Deutschland wird seine globalen Klimaziele nicht erfüllen](#))

Ein solcher gewichtiger Übergang zu Wind und Sonne ist nicht ohne Folgen. Aufgrund der Unzuverlässigkeit der regenerativen Windtechnologie und der Fotovoltaik Anlagen – ist das deutsche Stromnetz bei Einspeiseschwankungen anfälliger geworden.

Eine [voraussichtliche Windflaute](#) und eine zu erwartende Hitzewelle könnten deutsche Steuerzahler mit weiter explodierenden Energiekosten treffen.

Trotz der enormen Investitionen in erneuerbaren Energien, gab Deutschland am 18. Juni zu, dass es seine Kohlenstoff [-Reduktionsziele verfehlen würde](#).

Erschienen auf The Daily Caller am 24.06.2018

Übersetzt durch Andreas Demmig

<http://dailycaller.com/2018/06/24/germans-protest-against-coal/>

[Die Sonne im April 2018: Klimaempfindlichkeit gegenüber CO₂ und die Kohlekommission](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider komme ich urlaubsbedingt erst jetzt dazu, Ihnen über den April 2018 zu berichten. Die Sonne war auch im vergangenen April sehr wenig aktiv. An 16 Tagen war die Sonne vollständig fleckenlos; die Sonnenfleckenzahl des Monats betrug [weniger als ein Drittel des zu Erwartenden](#).

In unserem [März-Bericht](#) hatten wir die neuesten Forschungsergebnisse zur Klimaempfindlichkeit gegenüber CO₂ vorgestellt. Danach ist die Klimaerwärmung bis zu 45 % geringer als uns das IPCC und der mainstream der Klimawissenschaftler glauben lässt. Das Interessante aber war die [Reaktion des mainstreams](#) darauf: die Methoden der Arbeit von Curry und Lewis werden nicht angezweifelt. Aber es könnte ja sein, - so der mainstream – dass die Erde in der Zukunft ganz anders, nämlich wärmer auf CO₂Emissionen reagiert. Das kann man eher spekulative Wissenschaft nennen, nämlich auf Modelle zu vertrauen, die in der Vergangenheit versagt haben und weder Meeresströmungen noch Wolken abbilden können.

Das Fundament des Pariser Abkommens ist also zusammengebrochen. Bis 2100

werden wir, was immer wir tun, die 2 Grad-Grenze nicht überschreiten. Was passiert nun mit der weltweiten Kohlenutzung? Außer in Europa und Kanada gibt es keinen Abschied von der Kohle. China und Indien dürfen nach dem Pariser Abkommen- wie alle Entwicklungsländer- die Kohlekraftwerkskapazitäten massiv ausweiten. In China kommen 280 000 MW hinzu in Indien 174 000 MW. Zum Vergleich: die gesamte Braunkohlenflotte Deutschlands hat eine Kapazität von 22 700 MW. 1600 Kohlekraftwerke werden weltweit in 62 Ländern gebaut, die meisten übrigens durch chinesische Kraftwerksbauer und mit Hilfe chinesischer Kredite. So etwa 15 300 MW in Pakistan, 16 000 in Bangladesh, selbst Myanmar 5100 MW. (Quelle : South China Morning Post). Insgesamt wird die Kohlekraftwerkskapazität weltweit um 43 % erweitert. Selbst Japan setzt auf Kohle, versucht allerdings mit Hilfe von CCS (Carbon Capture and storage), die CO₂-Emissionen nicht weiter ansteigen zu lassen. Daher erscheinen die CO₂-Verminderungsziele Japans auch eher bescheiden : 16 % bis 2030 und 25 % bis 2050. Zum Vergleich Deutschland 2030 40 % und 2050 80 bis 95 %.

Was andere Länder nicht schaffen, wollen wir mit Hilfe einer Kohlekommission erreichen, die eben nicht mit Energie-, Netz- und Technologieexperten besetzt ist, sondern mit Greenpeace, BUND und lokalen Bürgerinitiativen gegen Braunkohle. Dass allein in der Lausitz eine jährliche Wertschöpfung von 2 Milliarden € aufs Spiel gesetzt wird, werden die Wähler in diesem Raum im nächsten Jahr bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen nicht vergessen haben, zumal die ehemaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg (SPD), Platzeck, und Sachsen (CDU), Tillich, der ehemalige Kanzleramtsminister Pofalla, flankiert von einer ehemaligen grünen Volkswirtin von AGORA an der Spitze der Kommission stehen. Aber was sind schon verlorene Landtagswahlen, wenn es doch um die Rettung der Welt geht ! Und dann sind ja noch die Grüne Gunda Röstel von der Stadtentwässerung Dresden und der Grüne Rainer Priggen, Vorsitzender des Lobbyverbandes Erneuerbare Energien in Nordrhein-Westfalen als Experten in der Kohlekommission. Auf die Idee auch Kritiker der alternativen Windenergie, die mittlerweile die grösste Naturzerstörung in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg verursacht hat, ist kein Politiker der Bundesregierung gekommen. Dass die Verdreifachung der Windenergiekapazität in Deutschland zu einem durchschnittlichen Abstand der Windmasten von 2,7 km führt, interessiert die Bundesregierung nicht.

Am Parlament vorbei darf nun Prof. Schellnhuber seinen Traum von der "Grossen Transformation" ausleben. In einem Gutachten für die Bundesregierung hatte der von ihm geleitete Sachverständigenrat WBGU 2011 einen "Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation" vorgelegt. Die Kernthese des WBGU ist folgende: das gegenwärtige Wirtschaftsmodell ("fossiler industrieller Metabolismus") sei normativ unhaltbar. Der Umbau der Weltwirtschaft müsse schnell gehen, auf Kernenergie und Kohle sei gleichzeitig und kurzfristig zu verzichten. In Deutschland solle demnach der Klimaschutz allgemeines Staatsziel werden, an dem das Handeln von Legislative, Exekutive und Judikative ausgerichtet werde. "Um Zukunftsinteressen institutionell zu verankern, empfiehlt der WBGU zu erproben, das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren um eine deliberative 'Zukunftskammer' zu erweitern. Um interessens- und parteipolitische Einmischung zu vermeiden, könnte die Zusammensetzung dieser Kammer beispielsweise durch Losverfahren ermittelt werden."

Dem Losverfahren kommt die Besetzung der Kommission schon ziemlich nahe. Da es zur Zeit keine wirklich belastbare Alternative durch erneuerbare Energien weder hinsichtlich der Versorgungssicherheit noch der Wettbewerbsfähigkeit gibt, heißt Dekarbonisierung nichts anderes als Deindustrialisierung. Die Chinesen kommen aus dem Grinsen nicht mehr heraus. Nach dem Motto Frechheit siegt und Dummheit verliert, haben sie nun verlauten lassen, dass ihr massives Kohlekraftwerksprogramm aus dem mit 100 Milliarden Dollar jährlich gespeisten Pariser Green Climate Fund finanziert werden soll. Die 100 Milliarden Dollar sollen von den Industrieländern getragen werden; Deutschland hatte 2016 einen Beitrag von 8,5 Milliarden € ab 2020 in Aussicht gestellt. Trump war clever genug, rechtzeitig aus diesen Pariser Schildbürgerstreichen auszusteigen.

Es grüßt Sie kopfschüttelnd
Ihr
Fritz Vahrenholt

[Eine neue Gruppe kämpft gegen die Umweltideologen, damit Arbeitsplätze auf dem Land erhalten bleiben](#)

Power the Future wurde gegründet, um „die Männer und Frauen zu fördern und zu schützen“, die ihr Geld in der Energiebranche verdienen. Geschäftsführer Daniel Turner nennt es eine „David gegen Goliath“ – Kampagne, die gegen tiefgrüne Umweltaktivisten opponiert, die zum Schaden der betroffenen Familien aktiv sind.

„Jeder braucht Energie“, sagte Turner dem Daily Caller. „Es ist pure Ironie, wenn ein Demonstrant mit einer Fidschi-Wasserflasche in der Hand uns sagt, wir müssen Energie sparen. ‚Deine Avocado ist nicht in Washington D.C. gewachsen‘, habe ich ihm geantwortet. Nur wegen der Arbeit der Männer und Frauen in der Energiebranche können Sie im Februar eine Avocado genießen.“

Präsident Donald Trump erklärte in seiner Rede zur Lage der Nation, den „Krieg gegen einheimische Energie in Amerika“ als beendet. Aber viele ländliche Gemeinden befinden sich noch immer in einem harten Kampf gegen gut finanzierte Umweltschützer. *Power the Future* hat Millionen Dollar an Spenden gesammelt, aber das verblasst im Vergleich zu dem, was seine Gegner einsetzen können.

Der von Umweltaktivist und Milliardär Tom Steyer unterstützte San Francisco Hedge -Fond plant Ausgaben von \$ 30 Millionen in 2018 für die Wahl der Kongressabgeordneten, zusätzlich verdoppelt er seine \$ 20 Millionen Kampagne, um Trump aus seinem Amt als Präsident zu klagen. Steyer betrat die

öffentliche Bühne, indem er Maßnahmen gegen fossile Brennstoffe finanzierte, einschließlich der Kampagne zur Blockade der Ölleitung Keystone XL.

Der *Sierra Club*, der *Natural Resources Defense Council* und die *League of Conservation Voters*, um nur drei prominente Gruppen zu nennen, können ebenfalls auf massiv gefüllte Kriegskassen zurückgreifen.

Vorerst wird Turner sich auf New Mexico konzentrieren, wo er hofft, dass Forschung und Anzeigen die Debatte der Umweltaktivisten abwehren kann. Bis zum Ende des Jahres hofft er, auch in anderen wichtigen Energiestaaten wie Oklahoma und Louisiana präsent zu sein.

Steyer und seine Frau spendeten bei den Wahlen 2016 in New Mexico \$ 65.000 für ihre Kandidaten um das höchste Staatsamt. Laut Western Wire hat die *League of Conservation Voters* [Umwelt-NGO] bei dieser Wahl \$ 185.000 nach New Mexico gepumpt.

Turner reiste nach New Mexico, um sich mit Arbeitern der Energiebranche zu treffen und ihre Probleme zu verbreiten. Er möchte einer Branche, die in den [grünen] Medien oft diffamiert wird, ein Gesicht geben.

„Es gibt eine enorme Arroganz bei diesen Aktivisten“, sagte Turner. „Vor ein paar Monaten sind alle nach Paris geflogen, um zu verlangen, dass wir Energie sparen. Entweder hat keiner von ihnen Skype oder sie denken, dass allein gute Absichten ihre Flugzeuge fliegen lassen. Derweil machen im ländlichen Amerika Arbeiter 12-Stunden-Schichten, damit diese Eliten ihren Lebensstil und ihren Aktivismus führen können. Und sie bekommen dafür nicht einmal ein Dankeschön.“

Umweltschützer versuchen zunehmend, staatliche und lokale Regierungen unter Druck zu setzen, damit diese mehr Restriktionen gegen Bergbau und Bohrungen erlassen, insbesondere gegen Fracking.

Fracking hat vorher unerreichbare Öl- und Gasreserven verfügbar gemacht. New Mexico ist jetzt der drittgrößte ölproduzierende Bundesstaat, mehr als Alaska fördert, nach der Statistik der Bundesdaten. Mehr als 100.000 Einwohner New Mexicos arbeiten in der Öl- und Gasindustrie. Ideologischer Umweltaktivismus gefährdet diese Arbeitsplätze.

„Ich würde es gerne erleben, dass Tom Steyer kommt, um zu sehen, was sein Aktivismus erreicht hat. Denn wenn ich diese kleinen Städte bereise, sehe ich verlassene Hauptstraßen, Arbeitslosigkeit, Haushaltsdefizite.“Großfamilien brechen auseinander, weil Mütter und Väter wegziehen müssen, um in anderen Bundesstaaten Arbeit zu finden. Da gibt es nichts zu feiern.“ sagte Turner

Erschienen auf The Daily Caller am 18.02.2018

Übersetzt durch Andreas Demmig

<http://dailycaller.com/2018/02/18/power-the-future-group/>